

BESPRECHUNGEN

Kirche und Politik

Vatikanische Ostpolitik unter Johannes XXIII. und Paul VI. 1958–1978. Hg. v. Karl-Joseph HUMMEL. Paderborn: Schöningh 1999. VIII. 257 S. Kart. 58,-.

Die von der Deutschen Bischofskonferenz geförderte „Kommission für Zeitgeschichte“ veranstaltet in unregelmäßigen Abständen Klausurtagungen mit ausgewählten Historikern und Zeitzeugen zu Themen der kirchlichen Zeitgeschichte. Ergebnisse dieser Tagungen werden in der Regel veröffentlicht, so auch im vorliegenden Fall die Vorträge und die Diskussionsbeiträge einer solchen Veranstaltung, die im März 1998 in Augsburg stattfand.

Aus der im Anhang abgedruckten Liste der Tagungsteilnehmer wird ersichtlich, daß keiner der italienischen, französischen und österreichischen Akteure der vatikanischen Ostpolitik zur Teilnahme bewegt werden konnte. So mußten die deutschen Teilnehmer mit dem derzeitigen Apostolischen Nuntius in Ungarn, Erzbischof Karl Josef Rauber, der als einziger vatikanischer Vertreter erschienen war, ihre Ansichten und zeitgenössischen Eindrücke austauschen.

Allgemeine Einführungen und Diskussionsbeiträge zur historischen Einordnung der vatikanischen Ostpolitik zwischen 1958 und 1978 lieferten hierzu Heinz Hürten, Hans Maier, Rudolf Lill und Josef Becker. Ergänzt wurden sie durch Vorträge, die sich auf nunmehr zugängliche Unterlagen staatlicher und kirchlicher Archive stützen können (Karl-Joseph Hummel und Josef Pilvousek), die zumeist aus der ehemaligen DDR stammen. Mit besonderem inhaltlichem Gewinn läßt sich der ausführliche, mit Quellen staatlicher und parteipolitischer bundesdeutscher Provenienz gesättigte Beitrag von Rudolf Morsey lesen („Haltung der Bundesregierung zur vatikanischen Kirchenpolitik in den früheren Ostgebieten des Deutschen Reiches 1958–1978“).

Archive aus dem Bereich der Deutschen Bischofskonferenz blieben offenbar verschlossen,

ebenso selbstredend die prinzipiell nur bis zum Jahre 1922 zugänglichen vatikanischen Archive. Diese Situation, die sich aufgrund rigider Sperrfristen über die Jahre nur sehr allmählich auf staatlicher Seite verändern wird und dabei gewiß auf die vatikanischen und wohl auch deutschen kirchlichen Unterlagen verzichten muß, wird noch dadurch verschärft, daß auch im Prinzip zugängliche Unterlagen der ehemaligen Berliner Ordinariatenkonferenz bzw. Bischofskonferenz in der DDR nur selektiv verwendet werden.

So fehlt im vorliegenden Buch der im Vatikan wohl als ziemlich unerhörte Insubordination eines deutschen Episkopats in diesem Jahrhundert wahrgenommene schriftliche Protest aller Mitglieder des Ständigen Rates der Deutschen Bischofskonferenz an Papst Paul VI. aus dem Frühjahr 1976, der sich gegen die damaligen kirchenrechtlichen Regelungsabsichten der vatikanischen Ostpolitik bezüglich der katholischen Kirche in der DDR wandte. Dieser Protest führte zu einer scharfen brieflichen Replik von Kardinalstaatssekretär Jean Villot an Kardinal Julius Döpfner als Vorsitzendem der Deutschen Bischofskonferenz, der wenige Tage nach Erhalt dieser Antwort verstarb. Daß bis 1978 der Streit um den Kurs der vatikanischen Ostpolitik vor allem zwischen der Deutschen Bischofskonferenz und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken auf der einen und dem Vatikan auf der anderen Seite in zum Teil sehr konfrontativer Form ausgetragen wurde, deutet sich vor allem aus den im vorliegenden Sammelband abgedruckten Diskussionsbeiträgen von kirchlichen und politischen Zeitzeugen an.

Die vatikanische Diplomatie beanspruchte eine absolute Autonomie ihrer Ostpolitik und zeigte sich oft indigniert gegenüber den als Einmischung empfundenen deutschen Interventionen, denen man das Denken in größeren europäischen Zusammenhängen absprach. Der bundesdeutsche kirchliche Protest, der seine Gegen-

argumente nicht selten mit Befürchtungen um die Wahlaussichten der CDU/CSU verband, warnte den Heiligen Stuhl mit großer Ernsthaftigkeit vor einem Autoritätsverlust unter den deutschen Katholiken aufgrund seiner Ostpolitik. Der ostdeutsche kirchliche Protest, angeführt von dem diplomatisch geschickten Berliner Kardinal Alfred Bengsch, artikulierte vor allem sein großes Unbehagen gegenüber einer vatikanischen Unterschätzung der realen Situation in den kommunistisch beherrschten Ländern.

Bis 1978 sah der Vatikan allerdings gewisse Beziehungen zur DDR als Einfallstor zur Verbesserung der Lage wesentlich schlechter gestellter katholischer Ortskirchen in Ostmitteleuropa. Mit dem polnischen Papst erfolgte nach 1978 zunächst ein Bruch mit der bisherigen vatikanischen Ostpolitik, aber ab Mitte der 80er Jahre kehrten manche römische Muster aus dem vorhergehenden Jahrzehnt wieder. Das galt nicht zuletzt für die Beziehungen des Vatikans zur DDR, die mit großer Wahrscheinlichkeit 1991 zu einem bereits einvernehmlich geplanten Besuch des Papstes im sozialistischen deutschen Staat geführt hätten.

Bernd Schäfer

STENGEL, Friedemann: *Die Theologischen Fakultäten in der DDR als Problem der Kirchen- und Hochschulpolitik des SED-Staates bis zu ihrer Umwandlung in Sektionen 1970/71*. Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt 1998, 824 S. (Arbeiten zur Kirchen- und Theologiegeschichte. 3.) Lw. 98,-.

Als einziges sozialistisches Land der Welt duldete die DDR theologische Fakultäten an ihren staatlichen Universitäten. In Berlin, Greifswald, Rostock, Halle, Leipzig und Jena konnten an diesen universitären Fakultäten bzw. Sektionen evangelische Theologen für die Landeskirchen ausgebildet werden. Diese scheinbare staatliche Toleranz paarte sich stets mit Kalkül, gezielter Besetzungspolitik und politischer Zudringlichkeit, um eine „progressive Pfarrerschaft“ heranzuziehen.

Nicht von ungefähr entwickelte sich in der DDR parallel auch ein konkurrierendes Ausbildungswesen der evangelischen Kirchen in kircheneigenen Hochschulen beispielsweise in Berlin, Naumburg, Potsdam und Wittenberg, die als Prediger- oder Katechetenseminare bezeichnet

wurden. Ihr von staatlicher Indoktrination freies Klima läßt sich auch mit der einzigen wissenschaftlichen katholischen Ausbildungsstätte auf dem Gebiet der DDR, dem seit 1952 bestehenden Erfurter Priesterseminar, vergleichen. Gleichwohl segelte das gegenüber politischer Einflußnahme erfolgreich abgeschottete katholische Theologiestudium stets im Windschatten der Konflikte um die evangelischen Einrichtungen.

Im vorliegenden Buch von Friedemann Stengel, das den Zeitraum von 1946 bis 1971 untersucht, wird die marginale Sonderexistenz des Erfurter Seminars schon dadurch deutlich, daß es nur auf wenigen der über 800 Seiten erwähnt wird. Nicht thematisiert werden die erfolglosen Versuche des Meißner Bischofs Heinrich Wienken, vor der Erfurter Gründung im Jahre 1952 über politische Beziehungen die Etablierung einer katholischen Fakultät an einer staatlichen Universität wie Leipzig oder Halle zu erreichen.

Friedemann Stengels umfangreiche Arbeit wurde 1996 von der Theologischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle, an der er in den letzten Jahren der DDR selbst evangelische Theologie studierte, als Dissertation angenommen. Sie untersucht auf breitester Quellenbasis aller einschlägigen staatlichen und politischen (SED und Ost-CDU) Archive der DDR, verdienstvollerweise einschließlich der relevanten Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), die jeweilige staatliche Strategie und Taktik gegenüber den evangelischen Fakultäten. Damit ist dem Autor ein Standardwerk zu dieser Thematik für die ersten beiden Jahrzehnte der DDR-Geschichte gelungen. Zahlreiche inhaltliche und personenbezogene Einflußnahmen von Staats- und Parteiorganen werden, wenngleich bisweilen in erschöpfender Fülle, im Detail belegt. Sie vermitteln anschaulich die immer geringer werdenden Freiräume universitärer Theologie in der DDR. Andererseits schritt die herrschende SED, trotz aller darauf hinzielender Planspiele, aber nicht zu ihrer Liquidierung, um ein kirchliches Ausbildungsmonopol zu verhindern und gewisse Kontrollmöglichkeiten gegenüber der evangelischen Kirche nicht zu verlieren.

Stengel hat sein Buch in vier historische Abschnitte unterteilt. Zwischen 1946 und 1955 sieht er eine Phase „relativer Autonomie“ der evange-